



Moin!

In der letzten Sitzungswoche hat uns vorrangig das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte beschäftigt. Der Handlungsdruck ist groß, deshalb haben wir dieses umfassende Rettungspaket innerhalb einer Woche beraten und beschlossen. Die Maßnahmen sind alternativlos und dienen ausschließlich der Stabilisierung des Finanzsystems. Aber auch andere Themen, wie das VW-Gesetz und Sozialtarife im Energiebereich standen auf der Tagesordnung.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte beschlossen

Am 17. Oktober 2008 haben wir das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte beschlossen.

Der Handlungsdruck ist groß, deshalb haben wir dieses umfassende Rettungspaket innerhalb einer Woche beraten und beschlossen. Die Maßnahmen sind alternativlos und dienen ausschließlich der Stabilisierung des Finanzsystems.

Es geht nicht um Geschenke an die Banken, sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein funktionierender Finanzmarkt ist wichtig für alle:

für den, der Altersvorsorge betreibt, für den Sparer und für mittelständische Betriebe, die ohne Kredite keine Investitionen tätigen können. Ziel des Rettungspaketes ist es, Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland zu sichern. Ein Zusammenbruch des Bankensektors würde auch die Realwirtschaft – und damit das ganze Land – mit in den Abgrund reißen. Das gilt es zu verhindern.

Der Eindruck, die Bundesregierung stelle den Banken 500 Milliarden Euro „frei Haus“ zur Verfügung ist falsch. Richtig ist vielmehr, dass Bundestag und Bundesregierung mit dem



Symbol der Finanzkrise in Deutschland: Die Hypo Real Estate.

Finanzmarktstabilisierungsgesetz einen Fonds gründen werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Banken im Notfall „unter die Arme“ greifen zu können, um das Bankensystem vor dem Zusammenbruch bewahren zu können.

Um es erst gar nicht soweit kommen zu lassen, wird dieser Fonds Garantien für Kredite abgeben, die sich die Banken gegenseitig zur Verfügung stellen. Das Volumen dieser Garantien – für deren Inanspruchnahme die Banken übrigens eine Gebühr entrichten müssen – beläuft sich auf maximal 400 Milliarden Euro.

Bei diesen Garantien muss der Bund lediglich dann eintreten, wenn es bei den Krediten von Bank zu Bank tatsächlich zu Ausfällen kommt. Für diese Fälle plant der Bundesfinanzminister vorsorglich fünf Prozent der Bürgschaftssumme, also 20 Milliarden Euro, im Haushalt ein. Mit weiteren maximal 80 Milliarden Euro kann der Fonds bei Bedarf notleidenden Banken direkt helfen. Damit kann er insbesondere frisches Eigenkapital zur Verfügung stellen. Im Gegenzug dazu erhält er Anteile, die er langfristig wieder veräußern kann.

Teilweise wird der Eindruck erweckt, die zur Verfügung gestellten Garantien würden

den Banken und den in den Banken Verantwortlichen ein schlichtes „weiter so“ ermöglichen. Richtig dagegen ist, dass Banken, die um staatliche Garantien bzw. Unterstützung nachsuchen, sich mit erheblichen Auflagen bzw. Vorbedingungen konfrontiert sehen werden. Dazu zählen u. a.: Einschnitte bzw. Restriktionen bei den Managervergütungen, Überprüfung der geschäftspolitischen Ausrichtung etc.

Fazit:

Das Maßnahmenpaket hat eine Zielrichtung, die eigentlich niemand guten Gewissens ablehnen kann: Es soll verhindert werden, dass die Finanzmarktkrise zu einem Zusammenbruch des gesamten Bankensystems führt. Denn ein solcher Zusammenbruch würde letztendlich mit seinen Auswirkungen auf die Realwirtschaft alle Bürgerinnen und Bürger hart treffen. Aktuell kann nur noch der Staat Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herstellen.

Vor allem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück schafft durch sein Krisenmanagement Vertrauen und Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

„Gleichen Lebenskomfort bei sinkendem Energieverbrauch ermöglichen“

Am Donnerstag wurde der Antrag der Linken „Energiekosten sozial ausrichten - Sozialtarife einführen, wirksame Strompreisaufsicht schaffen, Energiesparen ermöglichen“ im Deutschen Bundestag beraten.



Garrelt Duin sprach zu Sozialtarifen im Energiebereich.

Die Forderungen der Linken zu Sozial-/Effizienzтарifen seien nicht praktikabel und hätten einen hohen Bürokratieaufwand, Wettbewerbsverzerrung zur Folge, so Duin in seiner Rede. Die Einführung einer Strompreisaufsicht sei absolut indiskutabel. Sie würde den - im Strom-Endkundenbereich bereits recht gut funktionierenden - Wettbewerb komplett abwürgen. Durch die GWB-Novelle werde der Vertriebsbereich bereits der verschärften Aufsicht des Bundeskartellamtes unterstellt. „Woher die Mittel für den geforderten, 1,5 Mrd. Euro

schweren Energiesparfonds kommen sollen, bleiben die Linken – wie so oft – schuldig“, betont Duin.

„Richtig ist, dass die Energiekostenentwicklung insbesondere

der vergangenen Monate für immer mehr Haushalte eine erhebliche Belastung darstellt. Hier erwarten die Menschen von der Politik Handlungsoptionen. Was sie nicht erwarten, sind unhaltbare Versprechun-

gen. Die Bürgerinnen und Bürger wissen genau, dass es in Zeiten einer wachsenden globalen Energienachfrage bei gleichzeitig knapper werdenden Ressourcen falsch wäre, Hoffnungen auf dauerhaft niedrige Energiepreise zu wecken. Insbesondere wäre es angesichts der Entwicklungen auf dem Weltmarkt falsch, den Eindruck zu erwecken, dass diese Probleme durch nationale Politik gelöst werden können. Die Politik kann aber helfen, die Kostenbelastung der Verbraucherinnen und Verbraucher in einem bezahlbaren Rahmen zu halten. Deswegen muss ganz oben auf der Tagesordnung stehen, gleichen Lebenskomfort bei sinkendem Energieverbrauch zu ermöglichen. Im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms haben wir hierfür eine ganze Reihe von Maßnahmen aus verschiedenen

VW-Gesetz: Wir wollen das Erfolgsmodell Volkswagen sichern!

Der Bundestag hat am 16. Oktober 2008 in 1. Lesung den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand (VW-Gesetz) beraten. Garrelt Duin im Deutschen Bundestags:

„Das Modell Volkswagen hat sich über Jahrzehnte bewährt. VW ist heute ein hochprofitabler und erfolgreicher Fahrzeughersteller, der enorme Flexibilität mit hoher Stabilität verbindet. Dieser Erfolg ist in erster Linie ein Erfolg der VW-Belegschaft. Gerade die Mitbestimmungsrechte und Mitspracherechte der Beschäftigten haben den erfolgreichen Weg des Konzerns gesichert. Es ist unbegreiflich, dass dieses Erfolgsmodell nun in Frage gestellt wird. Mit den Worten „Flexibilität“ und „Stabilität“ wird genau das beschrieben, was den VW-Konzern bis heute ausmacht und auch in Zukunft ausmachen muss. Dass dies so ist, ist in der Tat das Ergebnis



Am vergangenen Donnerstag wurde das „VW-Gesetz“ in 1. Lesung im Deutschen Bundestag beraten.

eines VW-Gesetzes, nämlich dem aus dem Jahr 1960. Konzernführung und Belegschaft konnten auf dieser Grundlage erfolgreich arbeiten und in sehr kritischen Situationen Alternativen zu Massenentlassungen entwickeln. Es gab immer eine Balance zwischen Wettbewerbsfähigkeit und gesicherter Beschäftigung. Wer der VW-Belegschaft die erweiterte Mitbestimmung nehmen will, will

ihnen ihren Anteil an der Entstehung und der erfolgreichen Entwicklung des Konzerns nehmen. Wer den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das nehmen will, der hat keinen Respekt vor ihrer besonderen Leistung. Wir brauchen in unsicheren Zeiten, und das zeigt die Krise des Finanzmarktes, nicht weniger, sondern mehr Schutz für die Belegschaften! Was wäre denn aus VW-

Standorten, wie Emden, Salzgitter oder Neckarsulm geworden, wenn wir das VW-Gesetz nicht gehabt hätten? Verlagerung, Schließung, Massenentlassungen – solche Entwicklungen können doch nicht Ziel der EU-Kommission sein! Es war unsere Aufgabe, ein neues, EU-konformes VW-Gesetz auf den Weg zu bringen. Das haben wir mit dem vorliegenden Entwurf in die Tat umgesetzt. Die Zeiten, die der VW-Konzern durchmacht, sind schwierig genug. Ich frage mich wirklich, wenn es stimmt, dass das Management von Porsche keine VW-Standorte schließen oder Produktionen verlagern will, warum klagt Porsche dann gegen das VW-Gesetz?

Die Beschäftigten bei VW erwarten ein klares Bekenntnis der Politik zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ich bin davon überzeugt, dass der Gesetzentwurf, der uns vorliegt, dieses Bekenntnis zum Ausdruck bringt. Wir wollen das Erfolgsmodell VW sichern! Volkswagen muss Volkswagen bleiben.“

MEG III: Beim Bürokratieabbau deutlich an Fahrt aufnehmen

Das im Jahr 2006 eingebrachte „Erste Mittelstands-entlastungsgesetz“ umfasste 16 Einzelvorhaben zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse. Insgesamt wurden mit dem „Zweiten Mittelstands-entlastungsgesetz“ aus dem Jahr 2007 weitere 17 Deregulierungsmaßnahmen auf verschiedenen Rechtsgebieten in Kraft gesetzt. Ziel der Gesetzentwürfe war es, unnötige bürokratische Regelungen abzuschaffen, und so die Wirtschaft von unnötigen bürokratischen Kosten zu befreien. Unnötige Bürokratie und Überregulierung schränkt insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, sowie bei Existenzgründern die Leistungsfähigkeit in oft nicht mehr vertretbarem Umfang ein.

Immerhin wendet die mittelständische Wirtschaft in

Deutschland ganze 4 bis 6 Prozent ihres Umsatzes allein für Bürokratie auf. Der Entwurf des Dritten Mittelstands-entlastungsgesetzes enthält nun insgesamt 23 Einzelmaßnahmen, mit denen im Kern vor allem klein- und mittelständische Unternehmen in den Bereichen Statistik und Gewerberecht von unnötiger Bürokratie entlastet werden sollen. Vorgesehen ist unter anderem eine Vereinfachung der Handwerkszählung, die rund 460.000 selbständige Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks durch Rückgriff auf bereits vorhandene Verwaltungsdaten von Vor-Ort-Erhebungen entlastet und der Wirtschaft im kommenden Jahr dadurch Bürokratiekosten von rund 24 Mio. Euro erspart. Daneben wird ein ganzes Bündel gewerberechtlicher Erleichterungen mit

einem Entlastungsvolumen von über 70 Mio. Euro umgesetzt. Dazu zählt z.B. die Streichung von Aufbewahrungspflichten in der Pfandleihverordnung und in der Makler- und Bauträgerverordnung, was den betroffenen Unternehmen in schätzungsweise 100.000 Einzelfällen bürokratische Aufwendungen erspart.

Mit dem Gesetz ist in 2009 insgesamt eine Bürokratiekostenentlastung in Höhe von mindestens 97 Mio. Euro für die Unternehmen und mindestens 8,6 Mio. Euro für die Verwaltung verbunden. Insgesamt werden die unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie verabschiedeten drei Mittelstands-Entlastungsgesetze die Wirtschaft um rund 850 Mio. Euro entlasten. Unser Ziel muss es weiterhin

sein, dass die Unternehmen in Deutschland den Abbau an Bürokratie deutlich spüren. Hier müssen wir weiter deutlich Fahrt aufnehmen und die vorgesehenen Abbaumaßnahmen umsetzen. Das dritte Mittelstands-Entlastungsgesetz, mit einem geschätzten Abbauvolumen von knapp 100 Mio. Euro, leistet einen Beitrag hierzu. Die Bundesregierung will zukünftig auch die Bürokratiebelastung von Bürgerinnen und Bürgern analysieren. Wir müssen erste Vereinfachungsmaßnahmen für besonders belastete Bevölkerungsgruppen auf den Weg zu bringen!

Wir hatten uns in der Koalition verständigt bis Ende 2011 25 % der Bürokratiekosten abzubauen und bis 2009 etwa die Hälfte dieses Zieles zu erreichen - Wir werden dieses auch erreichen!

„Bund greift den Kommunen mit Schulbedarfspaket unter die Arme“

Als eine richtige sozialpolitische Entscheidung hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Garrelt Duin die Einigung der Koalitionsspitzen auf eine Erhöhung des Kindergeldes und -freibetrages sowie weiterer sozialpolitischer Maßnahmen bezeichnet. „Die SPD wollte mehr Kindergeld für alle Familien. Mit dieser Forderung haben wir uns durchsetzen können. Es gibt 10 Euro mehr pro Kind, also künftig 164 Euro. Wenn die Union etwas mutiger und entschlossener gewesen wäre, hätten es auch 16 Euro für alle Kinder sein können. Aber unser Koalitionspartner wollte die Kinderfreibeträge nicht umgestalten. CDU/CSU haben partout an der steuerlichen Zusatzförderung der zehn Prozent der bestverdienenden Familien

festgehalten. Diese profitieren über den Kinderfreibetrag bereits heute schon bis zu 230 Euro monatlich“, so Duin. 16 Euro Kindergelderhöhung gibt es vorerst nur für die wenigen Familien mit drei oder mehr Kindern. Desweiteren haben sich die Koalitionsspitzen über das Schulbedarfspaket geeinigt. „Wir haben durchgesetzt, dass Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe bekommen, zu jedem Schuljahresbeginn ein Schulbedarfspaket von 100 Euro erhalten“, erläutert Duin. „Mit dieser sozialpolitischen Entscheidung greift der Bund den Kommunen unter die Arme, da die meisten Kommunen bereits eine Zuschussvereinbarung in die Wege geleitet haben.“

Duin begrüßt Ausstieg der ARD aus Tour-Berichterstattung

Der SPD-Landesvorsitzende Garrelt Duin, zugleich Mitglied im Rundfunkrat des NDR, begrüßt den Ausstieg der ARD aus der Livebericht-Erstattung der Tour de France:

„Es wurde Zeit und es ist richtig, dass die ARD nun den Ausstieg vollzogen hat. Die Entscheidung hat gedauert. Den Menschen war nicht mehr vermittelbar, warum nicht schon eher auf die immer wiederkehrenden Dopingfälle im Radsport reagiert wurde. Letztendlich haben die Zuschauer durch sinkende Quoten entschieden“, so Garrelt Duin.

Und weiter: „Politisch gehört das Thema Doping weiterhin auf die Tagesordnung. Doping muss als Strafbestand des Sportbetriebs geahndet werden.“

„Auch dem letzten muss klar sein, dass er als Sportler Vorbild ist und Doping kein Kavaliersdelikt. Statt Krokodilstränen brauchen wir sauberen Sport. Ich bin sicher, dass der Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer Rudolf Scharping jetzt deutliche Veränderungen umsetzen wird. Die Entscheidung der ARD sollte dazu beitragen“, sagt Duin.

Garrelt Duin diskutierte mit Norder Sozialdemokraten

Am 28. November findet die Nominierungskonferenz der SPD Unterbezirke Aurich und Emden zur Bestimmung des SPD-Direktkandidaten für die kommende Bundestagswahl am 27. September 2009 statt. Garrelt Duin wurde bereits von beiden Unterbezirksvorständen Aurich und Emden nominiert. Bis zur Konferenz im November möchte Garrelt Duin mit den Mitgliedern der SPD im Wahlkreis diskutieren. Die Norder Sozialdemokraten machten kürzlich den Anfang. In der Mitgliederversammlung sprach Duin zu den Genossinnen und Genossen und stellte sich im Anschluss in einer interessanten und spannenden Diskussion den Fragen und Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Danach wurde einstimmig beschlossen,



Von links nach rechts: Lars Extra, Gerd Zitting (Vorsitzender SPD OV Westermarsch/Leybucht), Garrelt Duin, Bettina Behnke (Vorsitzende SPD OV Norden), Olaf Wiltfang (Fraktionsvorsitzender im Norder Stadtrat), Werner Störing (AG 60plus Vorsitzender), Heinrich Odenga und Hans Forster.

Garrelt Duins Kandidatur für die meindeverbänden des Unterbezirkes Aurich, sowie im Unterbezirk Emden wird fortgeführt. Diese Reihe an Diskussionsveranstaltungen in den Stadt- und Ge-

Termine

- **Montag, 27. Oktober**
Sitzung Präsidium Landesverband Niedersachsen
- **Dienstag, 28. Oktober**
14 Uhr: NDR-Programmausschuss in Hamburg
18 Uhr: SPD-Bezirksvorstand Weser-Ems
- **Mittwoch, 29. Oktober**
16 Uhr: Regionalrat Ems-Achse in Emden
19 Uhr: Diskussion im SPD Gemeindeverband Hinte
- **Donnerstag, 30. Oktober**
18 Uhr: UB-Vorstand Aurich und Kreistagsfraktion
19.30 Uhr: Diskussion mit SPD Stadtverband Aurich und Gemeindeverbänden Ihlow, Südbrookmerland
- **Freitag, 31. Oktober**
19.00 Uhr: Diskussion mit SPD Gemeindeverbänden Hage und Dornum
- **Sonnabend, 1. November**
11.30 Uhr: SPD-Landespartei in Hannover
- **Montag, 3. November**
17.30 Uhr Sitzung der Landes- und Bezirksvorsitzenden in Berlin
- **Dienstag, 4. November**
Sondersitzung des Deutschen Bundestages
19.30 Uhr: Diskussion im SPD Gemeindeverband Krummhörn

Ostfriesen besuchten Garrelt Duin in Berlin

In der letzten Woche besuchten rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Aurich/Emden auf Einladung von Garrelt Duin die Hauptstadt. Das Programm führte die Besuchergruppe bereits am Anreisetag in die SPD-Parteizentrale „Willy-Brandt-Haus“. In den vier Tagen in der Bundeshauptstadt fanden Informationsbesuche im Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, sowie dem Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) statt. Während einer Stadtrundfahrt, die sich an politischen Gesichtspunkten orientierte, haben die Ostfriesen unterschiedlichste Eindrücke aus der Bundeshauptstadt gesammelt. Darüber hinaus besuchte die Gruppe auch Gedenkstätten.

Auf dem Open-Air-Ausstellungsgelände „Topographie des Terrors“ befand sich in den 20er und 30er Jahren der Prinz-Albrecht-Palais. Während der Nazi-Herrschaft wurde der Palais Sitz des Reichssicherheitshauptamtes und der Geheimen Staatspolizei und steht für die



Die Besuchergruppe mit Garrelt Duin auf dem Reichstagsgebäude vor der Glaskuppel.

dunkelste Geschichte Deutschlands. Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch der Gedenkstätte für die ermordeten Juden in Europa. Die Gruppe verfolgte eine Sitzung des Deutschen Bundestages von der Besuchertribüne, bevor sie nach einem Gespräch mit Garrelt Duin den Blick über Berlin vom Dach des Reichstagsgebäudes genossen. Am Abend trafen sich die Ostfriesen mit Garrelt Duin in der Gaststätte „Ranke 23“. In

gemütlicher Atmosphäre kamen so ganz persönliche Gespräche zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und dem Abgeordneten zustande.

Das von den Abgeordnetenbüros in Berlin und Norden sowie dem Bundespresseamt erstellte Programm fand bei den ostfriesischen Besuchern großen Anklang. „Berlin ist überwältigend. Das Programm war abwechslungsreich und informativ.“

Spruch der Woche

„Der Peer hat kein Buch geschrieben, der musste arbeiten.“

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de